

Rede zu Sparkassen (Plenarsitzung vom 28.08.2008)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Herr Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Strategie von CDU und FDP ist schon lange klar: Sie wollen endlich auch den Sparkassensektor privatisieren, sie wollen den Sparkassensektor zerschlagen. Darum geht es Ihnen. Der von der Landesregierung beschlossene Gesetzentwurf ist ein Einfallstor für die Privatisierung der Sparkassen. So sieht es aus.

Das neue Sparkassengesetz ist weder für die Sanierung der WestLB noch infolge der Änderung der Rahmenbedingungen für die öffentlichen Kreditinstitute erforderlich.

(Angela Freimuth [FDP]: Schneller!)

– Wieso schneller? Ich lasse mir Zeit, genau die Zeit, die ich brauche, um darzustellen, was Sie hier vorhaben. Ihre perfide Strategie zielt gegen die Kommunen. Die FDP fungiert als Oberprivatisierer hier im Land. Das wissen Sie auch. Ich hoffe, Sie bekommen bei der nächsten Wahl eine schöne Packung dafür. Durch die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Aufteilung von Trägerkapital in den kommunalen Bilanzen steigt die Gefahr, dass finanzschwache Gemeinden in Notlagen zum Verkauf ihrer Sparkassenanteile gezwungen werden, um ihre Haushalte auszugleichen. Das ist übrigens auch etwas, was Sie damit bezwecken. Dann könnten endlich private Investoren Zugriff auf die Sparkassen bekommen. Das ist genau das, was Sie wollen.

Auch wenn eine Übertragung des Trägerkapitals im Gesetzentwurf erst einmal ausgeschlossen ist: Das Land öffnet damit die Tür zu einer möglichen Privatisierung der Sparkassen.

Auf meinen energischen Widerstand stößt ebenfalls die im Gesetzentwurf fixierte Möglichkeit zur vertikalen Fusion zwischen Sparkassen und WestLB. Der Sparkassen- und Giroverband oder die Sparkassenzentralbank sollen die Möglichkeit erhalten, auf Zeit die Trägerschaft an einer Sparkasse zu übernehmen. Das ist die Keimzelle für eine umfassende Vertikalisierung von Sparkassen und WestLB mit verheerenden Folgen für die Sparkassen und die mittelständische Wirtschaft.

Die Vertikalisierung würde die Sparkassen zu Filialen eines Sparkassenkonzerns machen, wodurch die Selbstständigkeit der Institute bedroht und eine der Stärken der Sparkassen infrage gestellt würde, nämlich die Präsenz vor Ort sowie die daraus resultierenden Markt- und Kundenkenntnisse. Ein enormer Arbeitsplatzabbau wäre zudem die Folge. Wir erleben das Ganze schon real: In Münster macht man sich bereits große Sorgen, denn auch da gibt es bekanntermaßen einen Standort der WestLB.

Die WestLB würde Zugang zu dem ertragreichen gewerblichen Kreditgeschäft der Sparkassen erlangen und stünde mit ihrer momentan kreditwürdigen Geschäftspolitik besser da, während die Sparkassen geschwächt würden und regionale Bindung verlören.

Abzulehnen ist auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Lockerung des Regionalprinzips bei den Sparkassen. Größere Sparkassen könnten dann kleine

Häuser unterbieten und deren Existenz gefährden.

Die Linke und ich sind für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und die Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Bestrebungen der Landesregierung, die Sparkassen für private Investoren zu öffnen, lehnen wir ab. Deswegen sollte aus meiner Sicht die Novelle des Sparkassengesetzes nicht nur ausgesetzt werden, bis die Zukunft der WestLB geklärt ist, wie die Grünen es fordern, sondern sie sollte erst gar nicht beschlossen werden.

Deswegen habe ich heute einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Ich weiß, dass er auf breite Zustimmung im Land stößt, aber leider vermutlich nicht auf die von CDU und FDP.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank Herr Abgeordneter Sagel. – Jetzt hat für die Landesregierung der Finanzminister, Herr Dr. Linssen, das Wort.